

# Kolumbien-aktuell

No. 422      2. Februar 2006

## 1. Politik:

**Kolumbien im Jahr 2006 - die Eigenheiten des Wahlszenarios  
Paramilitärische Infiltration - die Achillesferse von Uribe?**

## 2. Frieden und bewaffneter Konflikt: Perspektiven der Friedensverhandlungen für 2006

## 3. Im Land der Wunder: Was nun kommt...

### *Leitungsequipe:*

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz  
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

### *Direktion:*

Patricia Madariaga

### *Redaktionsequipe:*

Alejandro Angulo S.J.; Patricia Madariaga; Liliana Guarín; Elena Rey; Camilo Tamayo

### *Gestaltung der Website:*

[www.actualidadcolombiana.org](http://www.actualidadcolombiana.org)

e-mail: [actualidadcolombiana@cinpe.org.co](mailto:actualidadcolombiana@cinpe.org.co)

### *Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:*

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz  
e-mail: [askluzern@datacomm.ch](mailto:askluzern@datacomm.ch); Internet: [www.kolumbien-aktuell.ch](http://www.kolumbien-aktuell.ch)

## 1. Politik: Kolumbien im Jahr 2006 - die Eigenheiten des Wahlszenarios

*Von Clara Rocío Rodríguez Pico, Nacionales Forum für Kolumbien*

Das aktuell in Kolumbien laufende Wahlszenario ist durch drei Phänomene gekennzeichnet: 1. Die Zulassung der unmittelbaren Wiederwahl, was dem amtierenden Präsidenten Uribe und dem Vizepräsidenten Santos erlaubt, für eine weitere Amtsdauer zu kandidieren; 2. Die erstmalige Anwendung der neuen Wahlnormen, wie sie durch die politische Reform von 2003 gutgeheissen wurden; 3. Der direkte Einfluss von paramilitärischen Kreisen in die Politik. Jeder einzelne dieser drei Punkte wie auch deren Kombination führt dazu, dass die Kongress- und Präsidentschaftswahlen von 2006 eine Schlüsselrolle für die Zukunft der Demokratie in Kolumbien spielen werden.

Mit der unmittelbaren Wiederwahl des Präsidenten kommt ein Element ins Spiel, dem die KolumbianerInnen in ihrer Geschichte mit Bedacht gegenüber standen. Die Tatsache, dass diese Verfassungsänderung, welche die Wiederwahl zulässt, im Bestreben gemacht wurde, den Verbleib eines Präsidenten zu ermöglichen, welcher von den Umfragen und den Medien begünstigt wird und nicht aufgrund einer kohärenten institutionellen Reform, welche auf die Bedürfnisse des Landes abgestimmt ist, führt dazu, dass die Kampagne in Bezug auf die Garantien über Einschränkungen des Einsatzes der Machtmittel des Präsidenten-Kandidaten sehr limitiert ist.

Aufgrund der Wahlkampfregelung kann der Präsident seine Kampagne erst vier Monate vor dem Wahltermin beginnen, d.h. ab dem 28. Januar 06. Doch einige Ereignisse und Aktionen der Regierung wurden bereits als Teile des Wahlkampfes gesehen und daher als mögliche Überschreitung des Gesetzes. Ein Ereignis, welches einen Hinweis darauf geben kann, wie die Regierung ihren Wahlkampf führen wird und die mit dem bisherigen Stil des Präsidenten übereinstimmt, ist die Anklage gegen Rafael Pardo. Pardo ist ein möglicher Kandidat des Liberalismus, Senator und Ex-Verteidigungsminister. Er wurde von der Regierung Uribe beschuldigt, mit der FARC vermeintliche Gespräche zu führen und eine Allianz gegen Uribe zu schmieden. Abgesehen davon, dass der biographische Werdegang den Beschuldigten von jedem Verdacht in diese Richtung befreit, hat die Art und Weise, wie die Anklage durch einen von Uribe unterstützten Parteiführer lanciert wurde, die vermeintliche Anklage bei der Staatsanwaltschaft - welche für die Aburteilung von Parlamentariern gar nicht zuständig ist - und die Dürftigkeit der angeführten Beweise, Zweifel an den Absichten der Regierung aufkommen lassen. All dies lässt eine schmutzige Kampagne gegen die Opposition vermuten.

Dazu kommt die Tatsache, dass - entgegen den Anordnungen des Wahlgarantiegesetzes - der Präsidentenpalast zum Sitz der Kampagne geworden ist und Uribe auch die ausgewogene Berichterstattung durch die Medien mit einem ausführlichen Radiointerview in Frage gestellt hat. Es scheint unmöglich und unreal, dass einigermaßen Chancengleichheit gewahrt und vom Präsidentenpalast her die Gesetzesnormen eingehalten werden. Während der Präsident des Wahlrates bereits eine formelle Anklage gegen Uribe angekündigt hat, führte die Debatte um den ausgewogenen Zugang zu den Medien zu heftigen Protesten der Medien, da sie die Pressefreiheit durch diese Proportionalitätsklausel beeinträchtigt sehen. Inmitten dieser Debatte, den Angriffen einiger Journalisten gegen den Wahlrat, welcher versuchte, die Gesetzesbestimmung durchzusetzen und den Weihnachtsferien, nutzte Uribe die Gelegenheit um einige weitere Interviews zu geben.

Auch wenn diese Situation anekdotisch erscheint, zeigt sie wie die Verfassungsreform und deren Reglementierung viele Türen offen lässt und dies zu einer Schwächung der demokratischen Institutionen führen kann. Die Regelung des politischen Wahlkampfes hängt also nicht von zuvor festgelegten Normen und Institutionen ab - wie es zu einem demokratischen Regime gehören würde - sondern vom mächtigsten Kandidaten oder der wenig wahrscheinlichen Selbstregulierung der Medien. Ohne vertieft darauf einzugehen, welche Auswirkungen die Wiederwahl mittel- und langfristig auf das gesamte politische System haben kann, da sie institutionell nicht geregelt ist. Obwohl sich Uribe hinter seiner institutionellen Rolle verschanzt, scheint er rechtlich und praktisch die Fähigkeit verloren zu haben, der Präsident aller KolumbianerInnen und Schiedsrichter seiner Auseinandersetzungen zu sein. Das aktuelle Szenario birgt die Gefahr einer gegenseitigen Eskalation in den Handlungen und Kommentaren, die zu Gewalt aufrufen.

Aufgrund des Stiles des Präsidenten, seiner Regierungstätigkeit und dem Prozess, der zur Möglichkeit der Wiederwahl führte, kann eine klare Ausrichtung festgestellt werden: Einerseits die Uribisten jeglicher Art, Anhänger des Projektes und der Politik Uribes oder opportunistisch und konjunkturell auf dem scheinbaren Siegeszug und andererseits die Opposition.

Aus diesem Schema brechen nur der Ex-Bürgermeister und Präsidentschaftskandidat Antanas Mockus aus, der sich vor der Öffentlichkeit positiv gegenüber einigen Programmen Uribes zeigte, sich aber von anderen distanzierte. Alle uribistischen Kandidaten, die möglicherweise Präsidentschaftsaspirationen hatten, haben diese zugunsten Uribes aufgegeben und unterstützen dessen Kampagne. Die Liberale Partei und der *Demokratische Alternative Pol PDA* (dieser wurde durch die Fusion zwischen dem *Unabhängigen Demokratischen Pol PDI* und der *Demokratischen Alternative* Ende 2005 geschaffen) sind die wichtigsten oppositionellen Kräfte. Der PDA wird vom Einheitskandidaten Carlos Gaviria von der früheren Demokratischen Alternative angeführt, nachdem kürzlich Antonio Navarro vom früheren PDI seine Kandidatur zurück gezogen hat. Die Liberale Partei hat vier Vorkandidaten (Horacio Serpa, Rafael Pardo, Rodrigo Rivera und Andrés

González), nachdem sich Cecilia López zurück gezogen hat und akzeptierte, die Senatsliste anzuführen. Die Liberale Partei wird bei den Parlamentswahlen vom 12. März 06 mittels einer Befragung ihren Einheitskandidaten bestimmen.

Trotz der vernichtenden Umfrageergebnisse und der realen Ungleichheiten bezüglich Medien, Machtmittel und Einfluss auf die politische Agenda, setzen viele der Opposition auf die Strategie, einen zweiten Wahlgang zu erreichen. In diesem Fall gäbe es die Möglichkeit - trotz der Vorbehalte und Unterschiede - eine Allianz der verschiedenen liberalen und linken Kräfte zu bilden.

Das Schema Uribisten - Opposition spiegelt sich auch im Fall der Kräfte in Bezug auf die Parlamentswahlen. Diese Wahlen sind aber auch beeinflusst vom neuen Wahlgesetz, welches durch die Politische Reform von 2003 (Legislativakt 01 von 2003) in Kraft gesetzt wurde und nun erstmals auf nationaler Ebene zur Anwendung kommt. Mit dem Ziel die Atomisierung der Parteien und den Personalismus anzugehen- zwei der schlimmsten Probleme des Parteiensystems in Kolumbien - und eine Neuformierung der Parteien zu fördern, verlangt diese Reform die Präsentierung von Einheitslisten pro Partei (früher konnte eine Partei beliebig viele Listen aufstellen) und auch eine minimale Quote, um einen Sitz im Parlament zu erreichen. Dazu kommt neu eine Quotienten- und Restmandatsregelung, welche Parteien mit grosser Stimmenzahl bevorzugt. Die Politische Reform hat einen Umgruppierungsprozess gefördert, was dazu führt, dass wohl nicht mehr als 15 Parteien den Kampf um die Kongress- und Senatssitze führen werden.

Bei den Parlamentswahlen beginnt damit erstmals ein neuer Prozess von Grossparteien zu spielen, der zudem zeigen wird, wie stark die verschiedenen Kräfte der Parteien im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Mai sein werden. Während die Uribisten eine zweite Wahlzeit des jetzigen Präsidenten unterstützen, damit dieser seine Politik weiterführen kann, ist sich die Opposition bewusst, dass sie einen grossen Anteil von oppositionellen Parlamentariern in den Kongress bringen muss, damit der Versuch des Abbaus des sozialen Rechtsstaates und die Durchsetzung von neoliberalen Politiken zugunsten der bereits schon Privilegierten gestoppt werden können.

Die verschiedenen uribistischen Parteien sind durch verschiedenste Kräfte gebildet, die sich bisher trotz zahlreicher Versuche nicht einigen konnten. Zu ihnen gehören *Cambio Radical*, angeführt von Senator Vargas Lleras; die jüngst gebildete *Partei U*, angeführt von Juan Manuel Santos; *Demokratisches Kolumbien*, angeführt von Senator Mario Uribe und der jüngste Zusammenschluss *Alas - Equipo Colombia* der Senatoren Alvaro Araujo und Luis Alfredo Ramos. Letzterer erhielt bei den letzten Wahlen die höchste Stimmenzahl aller Kongressabgeordneten. Auch die Konservative Partei ist eine Alliierte Uribes. Die verschiedenen Oppositionsbewegungen haben sich im Alternativen Demokratischen Pol PDA formiert und in der Liberalen Partei. Einige wenige Senatoren und Bewegungen haben sich entschieden, als Unabhängige aufzutreten. Enrique Peñalosa, Ex-Bürgermeister von Bogotá, welcher kürzlich aus der Liberalen Partei ausgetreten ist, und Antanas Mockus befinden sich auf der Suche nach der notwendigen Zahl von Unterschriften, damit ihre eigenen Bewegungen - *Für das Kolumbien, von dem wir träumen* (Peñalosa) und *Visionäre* (Mockus) - an den Wahlen teilnehmen können.

Es ist klar, dass trotz der Differenzen zwischen diesen Parteien und Bewegungen viele dieser Bündnisse aus rein wahltaktischen und pragmatischen Gründen entstanden sind, was sich bei den verschiedenen Listen spiegelt. Eine Besonderheit des kolumbianischen Wahlsystem ist es, den Parteien offen zu lassen, zwischen einer offenen Liste mit freier Auswahl der Kandidaten und einer geschlossenen Liste zu wählen, welche theoretisch eine grössere ideologische Einheit verkörpert. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die meisten Parteien offene Listen präsentieren werden, um so versprengte WählerInnen zu gewinnen und dann die Liste nach der Anzahl der pro KandidatIn eingegangenen Stimmen zu ordnen. Tatsache ist, dass durch die Politische Reform ein neues

System in Kraft tritt, über das zu wenig politische Aufklärungsarbeit gemacht worden ist. Zusammen mit den Erfahrungen von Wahlbetrügereien bei den letzten Kongresswahlen bedeutet die Einführung dieser neuen Mechanismen eine Herausforderung für die Demokratie in Kolumbien.

Ein letztes Phänomen, das sich wie ein Schatten über die Wahlen von 2006 und über die Demokratie legt, ist der Einfluss der Paramilitärs auf die Politik. Einige haben die möglichen Folgen mit dem sog. *Prozess 8000* verglichen, rund um die Einspeisung von Drogengeldern in den Wahlkampf des Präsidenten Samper im Jahr 1994. Unklarheiten im Verhandlungsprozess mit den Paramilitärs, die weiterhin von ihrer *Einfindungszone* aus Delikte verüben und Äusserungen von paramilitärischen Führern, repräsentative Sitze im Staat zu erreichen und ihre Vertretung von 35% im Kongress zu erhöhen, klare Zeichen ihrer territorialen Kontrolle und nachgewiesene Veränderungen bei dem Wahlverhalten zwischen 2002 und 2003, Drohungen, Feindseligkeiten und Morde in dieser Wahlkampfphase zeigen, dass die Besorgnis reell begründet ist.

Obwohl auf Geheiss von Uribe die Parteien Cambio Radical und Partido de la U eine Art moralische Sanktionierung durch eine Listenbereinigung durchführten und fünf ihrer Kandidaten ausschlossen, welche angeschuldigt waren, Verbindungen mit den Paramilitärs zu haben, herrscht der Eindruck, dass dies späte und rein punktuelle Aktionen sind. Niemals zuvor hat sich die Regierung zu diesem Thema geäussert, noch zur Unterstützung, welche sie von Kongressabgeordneten bekommen hat, welche Beziehungen zum Paramilitarismus haben. Einige von ihnen figurieren weiterhin auf den Listen und es ist bekannt, dass paramilitärische Chefs Treffen durchgeführt haben, um Einfluss auf die Listen zu nehmen. Inmitten dieser fehlenden Transparenz des Demobilisierungsprozesses ist nicht bekannt, wie viel von der kolumbianischen Demokratie in Ralito verhandelt worden ist. Auch ist nicht klar, wie weit ein Präsident-Kandidat mit einer durch Attentate der FARC in Frage gestellten Sicherheitspolitik sich von einem Prozess distanzieren kann, den er selbst gegen die internationale Gemeinschaft, gegen die Opfer und gegen die Organisationen, welche gegen die Straflosigkeit kämpfen, durchgesetzt hat. So ist eine weitere - vielleicht die grösste - Herausforderung des jetzigen Wahlprozesses zu verhindern, dass die Macht der Waffen dieser rechtsextremen Gruppen die Zusammensetzung des kolumbianischen Parlaments für die Jahre 2006 - 2010 bestimmen wird.

Es ist tragisch, dass in einem derart komplexen Szenario in den von der Regierung gebildeten Garantiekommissionen Leute sitzen wie Vizepräsident Santos und der Innen- und Justizminister, welcher eingeladen worden war, Chef der Wiederwahlkampagne von Uribe zu sein. Demgegenüber braucht Kolumbien dringend unabhängige nationale und internationale Überwachungskommissionen, die Unregelmässigkeiten anklagen und diesen einen Riegel schieben.

### **Paramilitärische Infiltration - die Achillesferse von Uribe? Ein Nebelschleier zur Verdeckung des schmutzigen Krieges...**

*Von Luis David Obando, Direktor für Öffentlichkeitsarbeit des Forschungs- und Bildungsinstitut IPC in Medellín*

Der Satz wurde Cornelius, Voltaire, Macchiavelli, Francis Bacon, Shakespeare, Molière und selbst Laureano Gómez unterschoben: *Verleumdung, Verleumdung, bei einer Verleumdung bleibt etwas hängen*. Es hat nicht an Anhängern dieses Satzes gefehlt, aber nur wenige haben wie Juan Manuel Santos von der Partei U versucht, daraus einen eigentlichen Nebelschleier zu kreieren. Er bezichtigte den Ex-Uribisten Rafael Pardo oppositioneller Koketterie mit der FARC-Guerilla, als es eigentlich darum ging, dass seine Partei Senatoren und Kandidaten mit angeblichen Verbindungen zum Paramilitarismus mit einem Veto belegen sollte.

Der Präsidentenpalast selber ratifizierte die Version und kündigte Beweise für diese Annäherungen

mit der FARC an, die aber bis heute ausgeblieben sind. Das Ziel, die Aufmerksamkeit vom zentralen Anliegen abzulenken, ist offensichtlich, aber nicht zufällig und zeigt zudem, dass das Arsenal der politischen Waffen der Partei U auch die Kunstgriffe der Propaganda umfasst. Es genügt ein Blick darauf, wie diese neue Partei (an der Regierungsmacht) über die geltenden Verbote hinweg riesige Wahlplakate mit Verweis auf ihren Kandidaten präsentiert. Dieses Mittel, zusammen mit der Wahlpropaganda, scheint der Favorit für die Bekräftigung der nationalen Meinung zu sein, dass ein Wiederwahlsieg bereits so gut wie sicher ist (wie er auch durch Meinungsumfragen vorher gesagt wird). Gleichzeitig war die Anschuldigung ein Versuch, Pardo in Verruf zu bringen. Damit noch nicht genug, es ging auch darum, den heutigen Vorkandidaten der Liberalen Partei dafür zu bestrafen, dass er die Reihen des Uribismus verlassen hat, nachdem er zuvor einer seiner vehementesten Verfechter gewesen war.

Wie effizient die Taktik war, lässt sich an der Zeit und dem Raum messen, wie die Medien über diese vermeintliche Affaire Pardo - FARC berichteten. Am Rande dieser Aufmerksamkeit der Medien, welche die vermeintliche Tatsache als unwiderlegbar hinstellten, traf der Ex-Verfassungsrichter und Präsidentschaftskandidat des Alternativen Demokratischen Pols PDA mit seiner Aussage in einer öffentlichen Erklärung ins Schwarze: *Es ist besorgniserregend, dass der Staatschef, dessen ambivalente Position als Präsident und Präsidentschaftskandidat zu noch perverteren Situationen führen kann, zu den Protagonisten dieser Affaire gehört, welche ganz nach einem schmutzigen Krieg aussieht.*

Liest man zwischen den Zeilen, dann wird klar, dass die Partei U von einem leichten Sieg ausgeht, dies aufgrund der Popularität von Uribe. Dazu kommt eine Strategie, welche den Eindruck verstärken will, dass es nur darum geht, Uribe seine Stimme zu geben; er wird gewinnen; die anderen zählen nicht und wenn irgendeine Infragestellung auftaucht, dann wird man diese dem Gegner mehrfach heimzahlen.

Eine andere Sichtweise dieses Nebelschleiers ist die *defensive Verteidigung*, d.h. dass man den Gegner angreift, wenn dieser einen in Frage stellt. Es ist klar, dass das Thema der paramilitärischen Infiltration eine sensible Angelegenheit ist, auf die mit der ganzen Abwehrkraft reagiert wurde. Vielleicht ist dies die Achillesferse der Partei U und dessen Caudillo Uribe, die nun von der Wahlpropaganda der Opposition entdeckt wurde.

## **2. Frieden und bewaffneter Konflikt: Perspektiven der Friedensverhandlungen für 2006**

*Von Alejo Vargas Velasquez, Titularprofessor der Nationaluniversität*

Das Jahr 2006 zeigt in Bezug auf politische Verhandlungslösungen gegenüber dem internen bewaffneten Konflikt ein ambivalentes Panorama. Dies zu einem guten Teil aufgrund der Charakteristiken des nationalen politischen Panoramas und auch des internationalen Szenarios auf lateinamerikanischer Ebene.

Die doppelte Wahlkampagne - Parlaments- und Präsidentschaftswahlen - wird das erste Semester von 2006 bestimmen, die Regierungsübernahme wird das zweite Halbjahr prägen. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sind durch die neuen Wahlbestimmungen geprägt: Bei den Kongresswahlen die Einführung der Einheitsliste pro Partei, die Minimalstimmenzahl, der Parteiquotient und die Fraktionsbildung der gewählten Kongressabgeordneten. Dies alles sind Neuerungen, die zur Neugruppierung der Parteien geführt haben, die allerdings in vielen Fällen *Vernunfttheorien* gleichkommen und nicht wirkliche Einigungsprozesse sind. Die Präsidentschaftswahlen sind durch die Wiederwahl geprägt und die Tatsache, dass sich erstmals die

Präsidentschaftskandidaten einem Kandidaten-Präsidenten gegenüber sehen, dem eine Vielzahl von Machtmitteln zur Verfügung stehen.

Auf lateinamerikanischer Ebene gehen die Siege von mitte-links Regierungen weiter. So wurde der ehemalige Gewerkschafts- und Basisbewegungsführer Evo Morales zum Präsidenten Boliviens gewählt. In Chile hat sich die Koalition der *Konzertation für die Demokratie* mit der Präsidentin Michelle Bachelet durchgesetzt. Dies schafft in Lateinamerika ein Szenario, das Kriegslösungen ablehnt und Verhandlungslösungen von internen bewaffneten Konflikten begünstigt.

Im Rahmen dieser Bedingungen ist es möglich, dass wir ein dreifaches Szenario haben:

a) Es ist möglich, dass es mit dem ELN zu Fortschritten kommt - sicher weniger schnell wie einige denken - mit kleinen Schritten, die aber solide Grundlagen für die Zukunft legen. Der Erfolg dieses Szenarios hängt in grossem Masse davon ab, ob die Regierung begreift, dass sie kein Tempo verlangen kann, das nicht dem im Aufbau befindlichen Prozess selber angepasst ist. Zudem muss die Regierung verstehen, dass ihr Gegenüber eine Guerillaorganisation mit einer politisch-militärischen Sichtweise ist, welche erreichen möchte, dass bei einem Friedensprozess nationale Themen diskutiert werden und Reformen voran kommen. Zu denken, dass nur das Thema der Demobilisierung und der Wiedereingliederung zur Debatte stehen, würde bestimmt zu einer Krise bei den Annäherungen führen.

Bis jetzt hat die Regierung diese Annäherungen mit politischen Feingefühl geführt und hoffentlich geht es in diesem Stil weiter. Ebenso wird vom ELN, der sich gegenüber den nationalen und internationalen Änderungen sensibel gezeigt hat, erwartet, dass er ein angemessenes Mass an politischem Realitätssinn zeigt und die maximalistischen Versuchungen neutralisiert werden, damit auf dem schwierigen Weg des Aufbau des Friedens Fortschritte erzielt werden können.

Fortschritte bei der Definition der Verhandlungsagenda und der Vorgehensweisen - eingeschlossen die Bereiche der Mitbeteiligung der Zivilgesellschaft - und der Beginn der Verhandlungen über die vereinbarte Agenda, könnte erwartet werden. Zusätzlich ist es wahrscheinlich, dass das Vorhandensein dieser Annäherungen dazu beiträgt, in der nationalen politischen Debatte die Bedeutung der politischen Verhandlungslösungen über die militaristischen Versuchungen zu stellen. Dies wäre der wichtigste politische Beitrag zur Schaffung einer öffentlichen Meinung zugunsten des Friedens.

b) Mit der FARC scheinen die Möglichkeiten irgendwelche Annäherungen zu erreichen ein wenig konfuser. Obwohl es nicht völlig ausgeschlossen ist, dass ein Treffen zur Diskussion über einen humanitären Austausch konkretisiert werden könnte, muss doch daran erinnert werden, dass das einzige Hindernis nicht nur die Bestimmung einer *Begegnungszone* ist, sondern auch der Fall von Simón Trinidad und Sonia und deren Auslieferung an die USA, die Einigung über die frei zu lassenden Guerilleros und die Bedingungen einer Freilassung.

Wenn die Schwierigkeiten der Bestimmung der Begegnungszone überwunden werden könnten, wäre es möglich, dass das direkte Gespräch zwischen den beiden Seiten mindestens teilweise eine Lösung in Bezug auf den humanitären Austausch bringen könnte. Es wäre nicht verwunderlich, dass - entgegen den Meinungen der Spezialisten des humanitären Völkerrechts - dies den Weg für Friedensgespräche mit einer neuen Regierung mit einem neuen Wählermandat ebnen könnte.

c) In Bezug auf die paramilitärischen Demobilisierungen - welche kein Friedensprozess sind - kann es sein, dass diese formell vor den Wahlen abgeschlossen sein werden. In Wirklichkeit konzentriert sich die Debatte auf zwei grosse Themen: Erstens die Umsetzung des Gesetzes Gerechtigkeit und Friede und die Aktivität der Reparationskommission, was auf nationaler und internationaler Ebene sehr kontrovers diskutiert wird. Zweitens die Diskussion um die effektive Auflösung aller paramilitärischen Gruppen und ob sich neue paramilitärische Gruppen bilden. Dies wiederum bedeutet eine Debatte, ob es wirklich eine Auflösung des Paramilitarismus gab oder nicht.

Es ist möglich, dass das gleichzeitige Vorhandensein von Krieg und Frieden die kommende Periode weiterhin kennzeichnet. Ebenso ist es möglich, dass sich das Pendel Richtung einer Verhandlungslösung bewegt.

### **3.Im Land der Wunder: Was nun kommt...**

*Von Mario Morales*

Wir veröffentlichen die Prophezeiungen für das Jahr 2006, nachdem wir - ohne Erlaubnis - die astrologischen Karten von Mauricio Puerta konsultiert und die Kristallkugeln von Professor Salomon angezapft, die Prophezeiungen von Alberto Carrasquilla, Rudolf Hommes und den Statistiken des DANE jedoch in den Wind geschlagen haben.

Hier nun eine Zusammenfassung, die komplette Version wird Ende Dezember 2006 in Umlauf kommen.

- Alvaro Uribe wird die Präsidentschaftswahlen gewinnen. Am 7. August wird er in seinem ersten Regierungsakt dekretieren, dass acht Jahre nichts sind, und er wird seine Kampagne für die Periode 2010 - 2014 ankündigen.
- Die Medien werden Uribe kritisieren, aber in ihren Leitartikeln werden sie fragen: Wenn nicht Uribe, wer dann?
- Die Armut wird per Dekret auf 40% sinken, die übrigen 40% werden in einer namenlosen Kategorie bleiben, während die Kirche sich entscheidet, das Fegefeuer wieder aufleben zu lassen.
- Präsident Uribe wird sagen, wenn die starke Hand und das grosse Herz nicht funktionieren, werde er zur Peitsche und zum Herzschrittmacher greifen...
- Finanzminister Carasquilla wird versuchen ins Buch der Rekorde zu kommen durch die Präsentation seiner 2534. Version einer Steuerreform. Uribe wird ihn unterstützen, die Reform wird fulminant scheitern.
- Der Verteidigungsminister wird sagen: *Sicher, sicher wird die Guerilla in 18 Monaten besiegt sein.* Er wird aber mit Bestimmtheit die Rückschläge nicht erwähnen...
- Der Finanzminister Carasquilla wird behaupten, es gebe kein Haushaltsdefizit. Der IWF wird sagen, es gebe Carrasquilla nicht. Uribe wird den Finanzminister verteidigen und einen neuen ernennen.
- Uribe wird eine Kongressreform unterstützen. Die Initiative wird jedoch kläglich scheitern. Die Schuld dafür liege bei der Politiqueria, wird Uribe sagen.
- Ex-Präsident López wird auf einem humanitären Austausch auf der Grundlage der Protokolle über Interplanetarisches Recht beharren. Die Regierung wird die Idee aufnehmen und den Prozess auf dem Mars beginnen. Die Guerilla wird sich dagegen stellen und dabei mit dem alten Refrain argumentieren: *Auf dem Mars soll weder geheiratet noch eingeschifft werden.*
- Die Behörden werden drei geplanten Attentate gegen den Präsidenten aufdecken. Die Umfrageergebnisse zugunsten Uribes schnellen darauf in die Höhe.
- Im März werden sich 42'500 Mitglieder der Paramilitärs demobilisieren. Sie werden liebevoll drei Schrotflinten, zwei Schlagstöcke und einen Kartoffelschäler abgeben. Im Gegenzug werden sie um Arbeitslosenentschädigung bitten.
- Fernando Londoño wird zum Minister in den Niederlanden ernannt werden, dank seiner Identifikation mit seinem Auftrag. Auf der Gehaltsliste wird er jedoch als Gärtner aufgeführt werden. Londoño wird seine Leitartikel und sein Radio dazu nutzen, um die Regierung wegen der späten Ernennung anzuprangern.
- Uribe wird die Schliessung des Kongresses vorschlagen. Die Landesväter werden einwilligen, ihm die Schlüssel übergeben und acht Sicherheitsbeamte entlassen...

- Im Juni werden sich 20'500 Paramilitärs demobilisieren. Sie werden acht Nagelscheren, einen Haarentferner und eine Axt abliefern.
- Das Amt für Statistik DANE wird sagen, dass die Arbeitslosigkeit auf 11% gesunken ist, da die KolumbianerInnen aufgrund ihrer Gewinne bei Lotterien, Losen, Pferderennen und Wetten, dass die zweite Wiederwahl beim Verfassungsgericht nicht durchkommen wird, nicht arbeiten wollen.
- Die NGO werden die Zunahme der Menschenrechtsverletzungen anklagen. Darauf werden die Behörden sechs Attentatspläne gegen den Präsidenten aufdecken - und seine Umfrageergebnisse werden grosszügig steigen.
- Der Bürgermeister von Bogotá, Lucho Garzón, wird einen Tag ohne Traum (A.d.Ü. *sueño* hat im Spanischen die Doppelbedeutung von *Schlaf* und *Traum*) dekretieren. Uribe wird nicht teilnehmen. Der Kampagne von Lucho werden sich 40 Mio. desillusionierter KolumbianerInnen anschliessen.
- Am Muttertag wird Präsident Uribe der Guerilla grosszügig ein Gespräch via webcam anbieten.

Zusammengefasst: In den kommenden 48 Wochen des Jahres 2006 werden verdächtige Aufzeichnungen von Telefongesprächen und Dokumenten auftauchen, werden Waffen und Drogen (illegale und legale der Sozialversicherung ISS) verloren gehen, werden Offiziere entlassen werden und die Preise für Benzin und die Zahl der importierten landwirtschaftlichen Produkte steigen, neue Steuer-, Arbeits- und Pensionsreformen entstehen und Versuche von Referenden gemacht werden. Und es werden perfide Vorhersagen ähnlich den Vorjahren in Bezug auf eine Geschichte, die nicht aufhört sich endlos zu wiederholen, gemacht werden.... und während all dem ist die Schlange da...